LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/4061
03. 12. 2009

Antrag

der Fraktion der FDP

Zukunftsorientierte Energieversorgung sichern

I. Die Energieversorgung von morgen setzt auf Sparsamkeit, Effizienz und erneuerbare Energien. Dennoch darf eine auf Versorgungssicherheit gerichtete Energie- und Klimapolitik die Chancen und Potenziale gegenwärtiger Technologien nicht ungenutzt lassen. Ziel muss sein, die Versorgung zu sichern, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beseitigen und unnötig hohe Kosten zu vermeiden.

Den Staat trifft ordnungspolitisch die Verantwortung, einen funktionierenden Wettbewerb herzustellen und zu erhalten. Er hat sich daher grundsätzlich aller Maßnahmen zu enthalten, die zu einer dauerhaft marktwidrigen Verzerrung des Wettbewerbs zu Gunsten oder zu Lasten einer oder mehrerer bestimmter Technologien zur Energiegewinnung führen. Damit schafft der Staat die Rahmenbedingungen für eine Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit bezahlbarer Energie aus den bestgeeigneten neuen Technologien.

Wir begrüßen die erfolgreiche Erschließung erneuerbarer Energien in den vergangenen Jahren. Die Förderung nach dem EEG war allerdings, insbesondere bei der Photovoltaik, nicht immer marktgerecht, denn die Mehrkosten, die durch das EEG entstehen, müssen von den Stromkunden getragen werden.

Die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der Nutzung der Kernenergie gehört zu den vordringlichsten Herausforderungen der zukünftigen Energie- und Umweltpolitik. Sie muss durch eine höhere Beteiligung der Betreiber von Kernkraftwerken an den Kosten für die Erforschung und Erschließung geeigneter Endlager unterstützt werden.

Der Landtag stellt daher fest:

1. Ein ausgewogener Energiemix, in dem alle zur Verfügung stehenden Technologien optimal genutzt werden, ist unabdingbar.
2. Windenergie bietet gute Voraussetzungen, den künftigen Energiemix maßgeblich zu ergänzen.

   Alternative grund- bzw. spitzenlastfähige Energiequellen wie Tiefengeothermie und Biogas bedürfen noch weiterer Entwicklung, wenn sie künftig in großem Maßstab kostengünstig zum Einsatz kommen sollen.

   Solarthermie und Oberflächengeothermie reduzieren die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.
3. Die gegenwärtig hauptsächlich genutzten erneuerbaren Energien sind nach derzeitigem Stand der Technik überwiegend nicht grund- bzw. spitzenlastfähig.
4. Zuverlässige Speichertechnologien für anfallende überschüssige Energie aus erneuerbaren Quellen bzw. zum Ausgleich von Bedarfsspitzen stehen in Deutschland bislang noch nicht in ausreichendem Maße bzw. in ausreichender Effizienz zur Verfügung.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 3. Dezember 2009

5. Moderne, hocheffiziente Kohlekraftwerke stellen keinen sinnvollen Ersatz für die Kernkraft dar, können aber helfen, ältere Kohlekraftwerke zu ersetzen.
6. Die Übergangsnutzung sicherer Kernenergieanlagen darf nicht aus rein ideologischen Gründen verweigert werden. Über Auflagen und verbindliche Vereinbarungen mit den Betreibern sollen die aus verlängerten Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke stammenden Gewinne in die Finanzierung der Endlagerung und Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien fließen. Kernkraftwerke, die gegenwärtigen Sicherheitsanforderungen auch unter Auflagen nicht genügen können, stellen hingegen ein Risiko dar und sind abzuschalten.
7. Das Problem der sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle stellt sich unabhängig vom Zeitpunkt der Abschaltung der deutschen Kernenergieanlagen.
8. Ein modernes, marktkonformes Energierecht ermöglicht dezentrale Erzeugung von Energie zur Eigennutzung, gemeinschaftlichen Nutzung und Einspeisung. Derzeit bestehende Hindernisse sind abzubauen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin dazu auf, in ihrer Energie- und Umweltpolitik die folgenden Grundsätze zu befolgen:

1. Sparsamkeit und Effizienz bei der Nutzung von Energie sind weiter voranzutreiben. Den Staat trifft hierbei eine besondere Vorbildfunktion.
2. Der Anteil erneuerbarer Energien in Rheinland-Pfalz muss weiter kontinuierlich ausgebaut werden.
3. In der Windkraft ist die Konzentration auf weniger Standorte bei gleicher Leistung mittels Repowering anzustreben. Eine sichere, wirtschaftliche, landschaftsschonende und umweltfreundliche Nutzung von Geothermie, Photovoltaik, Solarthermie und Biogas wird weiter verfolgt.
4. Die Landesregierung darf keine marktverzerrenden Anreize schaffen und muss auf Bundesebene auf den Abbau nicht marktkonformer Subventionen hinwirken.
5. Eine Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung und Anreize für eine kraftwerksnahe Wärmeabnahme sollten geschaffen werden, wo dies wirtschaftlich möglich und sinnvoll ist.
6. Die Landesregierung strebt den frühzeitigen und flächendeckenden Anschluss von Rheinland-Pfalz an moderne Langstrecken-Gleichstromnetze an.

Für die Fraktion:
Günter Eymael